

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden
Nr. 1208, Raben & Comp.

Organ für das **werktätige Volk**

Konten: Sächs. Staatsbank, Dresden.
Bank der Arbeiter, Angestellten
und Beamten, L.-O. Dresden,
Gebrüder Krahm, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Eilungen irgendwelcher Art, ist es durch oder ohne Einfluß höherer Gewalt, bei der Verzögerung der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung

Bezugspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage „Leben, Arbeit, Kampf“, außerdem „Rott und Zeit“ monatlich 1,30 RM. einschließlich Dringerricht. Wochenpreis 1,80 RM. ausl. Post- u. Sonstigegeb. 84 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schiffleitung: Bettendorfer 10, Bernsdorfer Nr. 25 261, Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr
Verlagsstelle: Bettendorfer 10, Bernsdorfer Nr. 25 261 u. 12 707. Verlagszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags

Abdruckrechte: Die 80 mm breite Hauptzeile 35 Pf., die 90 mm breite Nebenzeile 2 Pf., für answärts 40 Pf. u. 2,50 RM., abzüglich Preisermäßigung laut Tarif. Familienangelegen. Dresden- u. Pictetstraße 40 Pros. Rabat. Für Einzelhefte 10 Pf., Einzelnr. 10 Pf.

Nr. 17

Dresden, Donnerstag, den 21. Januar 1932

43. Jahrgang

Brüning gegen Moratorium

Unterredung mit Englands Botschafter

Auf Veranlassung der englischen Regierung fand die englische Botschafter in Berlin dem Reichsfunkler am Mittwoch abend einen Besuch ab, der einer Sondierung der Frage galt, ob die Reparationsfrage mit einer Verlängerung des Hoover-Moratoriums um ein Jahr einverstanden sein würde. Der Reichsfunkler hat die Frage unter Berücksichtigung des Safetes der Verhandlungen und unter Bezugnahme auf sein Reparationsinterviu, in dem der Standpunkt Deutschlands zum Reparationsproblem niedergelegt ist, abgelehnt.

Die Wahrscheinlichkeit, daß die Reparationskonferenz in Lausanne nicht stattfinden wird, verhärtet sich immer mehr.

Vertagung bis zum November

D. Berlin, 21. Januar. (Eig. Funk.)

Unter Voraussetzung der Durchführung der Konferenz wird die Vertagung der Reparationskonferenz nicht nur um mehrere Tage, sondern um mehrere Monate vertagt werden. Im Augenblick sind die französische und die englische Regierung beiderseits eine Vertagung bis November zu erwarten. Die bereits in der Zwischenzeit fällige Verlängerung des Hoover-Moratoriums um ein halbes bzw. ein ganzes Jahr soll während der Abrüstungskonferenz in Genf beschlossen werden. Endgültige Beschlüsse sind jedoch sowohl hinsichtlich der Vertagung der Konferenz als auch hinsichtlich der Verlängerung des Hoover-Moratoriums bisher nicht gefaßt.

Entrüstung in Frankreich

P. Paris, 21. Januar. (Eig. Funk.)

Die Erklärung Brüning gegenüber dem englischen Botschafter, daß Deutschland jede Verlängerung des Hoover-Moratoriums ablehne und eine endgültige Regelung der Reparationsfrage im nächsten Jahr verlange, hat in der französischen Öffentlichkeit einen neuen Sturm der Entrüstung hervorgerufen, während die linksparlamentarische Presse die über die Unterredung Brüning-Botschafter ausgegangene Kavabombardierung ohne Kommentar zu veröffentlichen.

Der Rat, der seit dem von der Geschäftsleitung erzwungenen Auscheiden des außenpolitischen Beauftragten Sauer ein vollkommenes nationalsozialistisches Führerorgan geworden ist, erklärt, es sei außergewöhnlich, daß ein Schuldner sich weigere, das ihm angebotene Moratorium anzunehmen, und seine Schwierigkeiten dazu anzuwenden wolle, sich auf immer seiner Schulden zu entledigen. Es sei vollkommen falsch, zu behaupten, daß die Vase der Sachverständigen festgestellt hätten, Deutschland könne überhaupt nicht mehr zahlen. Sie hätten gesagt, Deutschland könne gegenwärtig nicht zahlen, und sie hätten sich über die Zukunftsaussichten überhaupt nicht ausgesprochen. Es hieße also den Sachverständigenbericht fälschen, wenn man ihn sagen läßt, daß Deutschland in der Zukunft niemals seine Verpflichtungen aus dem Young-Plan nachkommen könne. Im übrigen hätten die Sachverständigen niemals eine Annullierung des Plans ins Auge gefaßt, sondern sie hätten ein neues Gesamtarrangement der Reparationsschulden für notwendig erklärt, wenn das Vertrauen und die wirtschaftliche Stabilität wiederhergestellt werden sollen. Man sehe also einer wahren Enttarnung des Fictus und einer fähigen Verteidigung der Tatsachen gegenüber. Der Rat wendet sich dann gegen die vom Reichsfunkler ausgesprochene Drohung, daß Deutschland gewinnlos sein werde, die Initiative zu ergreifen, die erste Rückschläge im Ausland haben könnte, und erklärt, daß diese Drohung Frankreich nicht aufregen könne. Wenn Deutschland offen den Bankrott erklären wolle, so sei das nicht viel anders als der jetzt schon bestehende verlorbene Bankrott.

Das Echo de Paris erklärt, daß, wenn Brüning das Verschwinden des Young-Plans verlange, er sich einfach darauf vorbereite, einen Vertrag zu schließen, der vor zwei Jahren freiwillig und freiwillig unterzeichnet worden ist.

Zugleich verzeichnen die Morgenzeitungen vom Donnerstag die offizielle englische Meldung, daß die Lausanner Konferenz kaum am Montag beginnen könne, da die Vorverhandlungen zwischen den beteiligten Regierungen noch nicht beendet seien. Die französische Presse zieht daraus die Schlussfolgerung, daß die Konferenz vertagt bzw. sich auf eine Vertagung von Sachverständigen beschränken werde, die die Aufgabe der Regierung vorbereiten sollen. Die Verhandlungen zwischen Frankreich und England werden angesichts dieser Umstände vertagt werden. Der Verräter Brüning meldet, daß in den nächsten Tagen in Paris eine Zusammenkunft zwischen Daladier und dem englischen Außenminister, Sir John Simon, bevorzogen sei, der auf dem Wege nach Genf Paris passiere.

Parteibildung in Spanien

Miguel Maura will eine konservative Partei gründen

Als im vorigen Juni die verfassunggebende Versammlung gewählt wurde, waren die Antriebe der politischen Parteien ganz verschieden. Während von den Sozialisten und vielleicht von den Katalanen, wußte man von keiner, was sie eigentlich außer der Republik wollten. Mit Recht hat man von einem Protektionspläne, einem Urfaßlein, gesprochen, aus dem sich die Formen bilden sollten. In der Tat grenzten sich die Gruppen bei der Beratung der Verfassung allmählich ab. Der Führer der Rechten im Revolutionsrat, Nicola Zamora, trat von der Ministerpräsidenten zurück, weil er die Paragraphen der Verfassung über die Kirche und die religiösen Orden nicht billigte. Aber gerade um ihn konnte sich keine konservative Partei gruppieren, weil er gewissermaßen jene umfassende Koalition verlor, durch die die Republik verwirklicht worden war. So wurde er, anstatt zu einem Parteiführer, zum Präsidenten der Republik.

Aber die abweichenden Interessen mußten auch im neuen Regime einen politischen Ausdruck finden. Solange es gegen die Sozialisten kämpften, konnten die bürgerlichen Radikalen neben den Sozialisten kämpfen. Heute, wo es sich darum handelt, die Agrarreform, die Arbeiterkündigungsgesetzgebung, die Betriebskontrolle gesetzlich zu regeln, muß der Großgrundbesitz und das Unternehmertum die Vertretung seiner Interessen einer Partei übergeben, wie die Arbeiter die ihren in die Hände der sozialistischen Partei gelegt haben. Zuerst ist da

die stärkste bürgerliche Partei, die der Radikalen

unter Ferrer, von den Sozialisten abgerückt und in die Opposition getreten. Aber es ist eine merkwürdige Opposition, denn das Programm dieser 91 Abgeordneten zählenden Partei ist derart, daß es dieses Abweichen absolut nicht rechtfertigt: Auflösung aller religiösen Orden, konfessionslose unentgeltliche Einheitschule, Entzerrung des Grundbesitzes wegen schlechten Anbaus, Steuerhinterziehung usw., und Aufteilung an die Arbeiter. Nicht mit Unrecht bilden die Blätter Ferrer als Spion ab. Sein ganzes Verhalten ist offenbar darauf gerichtet, seine Partei vor der Annahme durch die politische Realität zu bewahren. Ferrer wartet auf den Augenblick, wo sie dem Varnertum entbehrenlich sein werden, um dann sagen zu können: ich habe mit ihnen nichts gemein gehabt.

Soll aber das alte Spanien, das katholische, grundbesitzende Spanien, aus dem sich bisher die herrschende Schicht rekrutiert hat, ohne daß sie darum eine politische Hebergung zu haben brauchte, unbeeinträchtigt und einflußlos dem öffentlichen Leben im neuen Regime gegenüberstehen? In dieses alte Spanien hat sich der erste Innenminister der Republik, Miguel Maura, am 10. Januar in einer großen Rede gewendet, um es zur

Bildung einer konservativen Partei

aufzurufen. Der Schritt ist beachtenswert, weil er eine Verjüngung der alten Welt mit der Republik bedeutet. Diese Welt hat Inter-

Notwendige Entscheidungen

Breitscheid über Präsidentenwahlen und Reparationen - Warnung an Brüning

Braunschweig, 21. Januar. (Eig. Funk.) In einer von über 200 Personen besuchten sozialdemokratischen Reichstagsversammlung sprach am Mittwoch abend der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Dr. Rudolf Breitscheid zur Bildung der Eisernen Front. Die Stellung der Sozialdemokratie zur Reichspräsidentenwahl um 10. Menosse Breitscheid dahin, daß die Partei zunächst keine Stellungnahme habe, sich in dieser Frage nach vorn zu drängen. Er äußerte aus:

„Wir werden zunächst einmal den Nationalsozialisten den Vortritt lassen, damit sie uns endlich sagen, was sie wollen. Die Sozialdemokratie einen eigenen Kandidaten durchzuführen, dann ist es ihre Pflicht, für den einzutreten. Die Aufrechterhaltung der Verfassung gegenüber den Nazis gewährleistet. Eingehend beabsichtigte sich der Reichstag dann mit dem Schicksal der Konferenz von Lausanne. Breitscheid dankte zunächst dem Führer der französischen Sozialisten, Leon Blum, für seine mutige Kammerrede. Die französische Partei Deutschlands begrüßt es, daß Blum der französischen Regierung und den nationalsozialistischen Parteien die Forderung des Stillstands vorgehalten hat. Daß Deutschland keine Reparationen mehr zahlen kann, ist auch der Standpunkt der Sozialdemokratie. Wir sind der Meinung, daß die Zahlungen an die Siegerstaaten nicht weitergehen kann. Wenn man uns fragt, warum habt ihr die Erfüllungspolitik gemacht, so antworten wir, wir trübten sie, weil kein anderer Weg blieb, um zu verhindern, daß deutsches Gebiet besetzt wurde. Wir besetzten blieb. Wir warnen jedoch in dieser Stunde ausdrücklich die Regierung Brüning, den Forderungen der Nationalisten nachzugeben und eine auf der Reparationskonferenz, falls sie zustande kommt, zu erklären: „Wir wollen nicht mehr zahlen, wir verzichten den Young-Plan, was da noch kommt.“ Würde eine deutsche Regierung so handeln, dann wären die Folgen katastrophal. Auf lange Zeit gäbe es keinen Markt, das Ausland würde sich deutschen Waren gegenüber völlig abschließen, und die Fische müßte wiederum die Arbeiterklasse zahlen. Deutschland muß den Versuch machen, sich mit den anderen europäischen Mächten auf ein gemeinsames Verhalten gegenüber Amerika zu einigen.

„Friedenspolitik nach außen“, so schloß Breitscheid unter losendem Beifall, steht Heberwindung des Faschismus im Innern voraus. Dazu ist notwendig, daß die Einheitsfront der gesamten deutschen Arbeiterschaft.“

Neuer Landesverrat der Nazis

Dolchstoße in den Rücken der deutschen Unterehändler

München, 20. Januar. (Eig. Draht.) In einem hysterischen Schimpfartikel legt Rosenbergs in dem Münchner Nazi-Blatt keine Dolchstoßpolemik gegen Reichsfunkler Brüning fort. Er nennt den Kanzler einen Mann mit geradezu herausforderndem Mangel an politischer Bildung und einer sprichwörtlichen und grotesken Ungeschicklichkeit. In bezug auf die Konferenz von Lausanne und die französische Sabotagepolitik schreibt Rosenbergs, daß heute niemand mehr glaubt, mit Brüning noch dauernde Verhandlungen einleiten zu können, denn was nütze eine Konferenz, wo man zuerst Brüning gegenüberstehe und dann mit Diller unter ganz anderen Bedingungen von vorn anfangen müsse.

Die Franzosen haben zwar bisher mit diesem Argument gegen die Konferenz von Lausanne noch nicht operiert. Aber es wird bestimmt nicht lange dauern, bis sich die Pariser Coaunistenblätter dieser ihnen von einem Landesverrat aus Deutschland gelieferten Tabe bedienen werden. Wie lange will die Reichsregierung diesen staatspolitischen Skandal noch dulden?

Finnisch-russischer Nichtangriffspakt. Zwischen der russischen und der finnischen Regierung ist ein Nichtangriffspakt abgeschlossen worden. Der Vertrag soll heute unterzeichnet und dann dem Völkerverband zur Kenntnis unterbreitet werden.

Legalitätswächter Hitler.



„Es geschieht nichts in der nationalsozialistischen Partei, ohne daß ich davon weiß.“